

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte über den Faschismus schweigen.“

In den letzten Monaten haben bürgerlich Presse und Parteien das Thema „Rechtsextremismus“ für sich entdeckt. Von „BILD“ über Kriegsminister Scharping bis hin zum bayrischen Abschiebeminister Beckstein: „Ganz Deutschland einig Antifa?“

Der „Antifaschismus“ der Herrschenden

Die großen Wirtschaftsverbände warnen vor einer Gefährdung des „Standort Deutschland“, die Bundesregierung macht sich Sorgen um das Ansehen Deutschlands im Ausland. Die Motive der Herrschenden für ihren neu entdeckten „Antifaschismus“ sind eindeutig. Fremdenfeindliche Gewalt hat sich als Hindernis für das von ihnen forcierte „Projekt Deutschland“ erwiesen. Ziele wie ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder die Steigerung der ausländischen Investitionen in Deutschland werden durch ein schlechtes Image infolge von Anschlägen und Übergriffen gefährdet. Und wer kommt schon freiwillig zu einem Besuch auf die Zukunftsvision der Herrschenden, die EXPO in Hannover, nach Deutschland, wenn er / sie damit rechnen muss, verbal oder körperlich angegriffen zu werden?

Die Opfer rassistischer Gewalt hingegen interessieren nicht. Im Gegenteil, die „Asylpolitik“ der Bundesregierung soll noch weiter verschärft werden. In den letzten Jahren sind Dutzende von Menschen bei dem Versuch die deutschen Grenzen zu überwinden gestorben. Auf jene, die es geschafft haben, die schwer bewachten Grenzen zu überwinden, wird mit Abschiebehaft, Botschaftsanhörungen und Senkung der materiellen und finanziellen Leistungen zusätzlicher Druck ausgeübt, die BRD wieder zu verlassen.

Die „antifaschistischen“ Rezepte der Herrschenden beschränken sich darauf, den „starken Staat“ zu fordern. Mit dieser Forderung wird dem verstärkten Demokratieabbau Vorschub geleistet: Einschränkung des Demonstrationsrechtes, Einsatz des BGS überall und jederzeit, Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei und Zensur des Internet sind nur einige Beispiele für Eingriffe in wichtige Verfassungsrechte, die über das Vehikel „Rechtsextremismus“ durchgesetzt werden sollen.

Hier beißt sich die Katze in den Schwanz: Träumen nicht auch die Nazis von einem „starken Staat“?

Deshalb muss, wer nach wirksamen Mitteln gegen Rassismus und faschistischer Ideologie sucht, nach den Grundlagen solcher Einstellungen fragen:

Kapitalismus als Ursache rassistischer und autoritärer Einstellungen

Der Kapitalismus ist das weltweit vorherrschende Wirtschafts- und Politiksystem.

Überall setzen das Kapital und seine eifrigen HandlangerInnen in den jeweiligen Regierungen auf soziale und rassistische Ausgrenzung und Spaltung, auf „flexible“ und ungeschützte Beschäftigungsverhältnis-

-se, auf drastische Lohneinbußen und allgemeinen Sozialabbau mit einem einzigen Ziel: noch mehr Profit, Profit, Profit! Dies entspricht der Logik des Kapitalismus: Eine kleine Minderheit entscheidet einzig nach ihrem Profitinteresse, was & wie produziert wird, während Bedürfnisse der Mehrheit nicht ausschlaggebend sind.

Rekordgewinne – Ergebnis der Profitmaximierung – entfachen ein gigantisches Börsenmonopoly. Wir jedoch, die wir zum Überleben unsere Arbeitskraft verkaufen oder von Menschen abhängig sind, die dieses tun müssen, werden von zunehmender Arbeitshetze und Stress, Perspektivlosigkeit und Aggression, Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut geprägt. Gleichzeitig werden wir alle durch Überwachung, Repression und Zurichtung in allen Lebensbereichen (z.B. Betrieb, Schule etc.) einem permanenten Normierungsdruck unterworfen.

Eine Gesellschaftsordnung, deren oberstes Gesetz der Konkurrenzkampf um immer mehr Reichtum und Macht für wenige Herrschende ist, kann keine menschliche Solidarität entfalten. Im Gegenteil, Rassismus einerseits, Passivität und Gleichgültigkeit andererseits sind die politischen Folgen dieser „freien Marktwirtschaft“. Sie wachsen mit der Verschärfung der sozialen Krise und der Massenarbeitslosigkeit.

Konsequenz ist ein Kampf aller gegen alle: „deutsche“ gegen „ausländische“ ArbeiterInnen, „Einheimische“ gegen Flüchtlinge, Männer gegen Frauen, Junge gegen Alte, Heteros gegen Schwule und Lesben; der Einzelne gegen den Rest der Welt. Nutznießer sind die Herrschenden, denn die Individualisierung verhindert kollektiven Widerstand.

Die KapitaleignerInnen lassen über ihre politischen Parteien und Medien verlauten, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln und das Gewinnstreben zur „Natur des Menschen“ gehöre. Der Reichtum und die Macht der Herrschenden dürfe von den Besitzlosen nicht in Frage gestellt und schon gar nicht angetastet werden. Dieses Gerede greifen Faschisten dankbar auf. Sie übersetzen die Fragen der Wirtschaft und der Gesellschaft in eine zoologische Sprache. Die kapitalistische Logik des Marktes als unbarmherziger Ausleseprozess findet hier ihre menschenverachtende Zuspitzung in einer biologistisch konstruierten Hierarchie „menschlicher Rassen“.



- bitte wenden -

Betrieb, Uni, Schule, Stadtteil: antifaschistischen Widerstand organisieren...

In Deutschland besteht zur Zeit keine reelle Gefahr der Errichtung eines faschistischen Gesellschaftssystems, wie in den 30er Jahren in Deutschland oder in den 20er Jahren in Italien.

Die akute Gefahr geht vom Straßenterror der Nazis aus. Der Terror der Nazis auf der Straße führt zu einer zunehmenden Gefahr für alle die „anders“ sind, welche nicht in das spießig-autoritäre und patriarchale Weltbild der Nazis aber auch weiter Teile der Gesellschaft passen. Diesem gilt es entgegenzutreten.

Dazu ist es notwendig, eine breite und konsequente Bewegung gegen Rassismus und Faschismus aufzubauen. Das Rückgrat einer solchen Bewegung bilden selbstorganisierte Initiativen in Betrieben, Schulen, Unis, Stadtteilen (...).

Zu den wichtigen Aufgaben antifaschistischer Gruppen und Bündnisse zählt auch der Kampf gegen die Repression des bürgerlichen Staates. Jenen – die wie zuletzt 17 Menschen in Neumünster – angeklagt werden sollen, weil sie sich antifaschistisch betätigten, gilt unsere Solidarität!

- **antifaschistischen Selbstschutz organisieren!**
- **Faschistische Organisationen zerschlagen!**
- **Den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus bekämpfen!**
- **Gemeinsam gegen Repression: Die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen erkämpfen!**

... und darüber hinaus Perspektiven eröffnen!

Wenn Menschen Angst haben und sich ohnmächtig fühlen, wenn sie nichts bewegen und beeinflussen können, dann besteht die Gefahr, dass sie rechten PopulistInnen zustimmen und ihnen schließlich auch nachlaufen. Wenn sie sich hingegen zur Verteidigung ihrer Interessen selbst organisieren, verändert sich damit auch ihr Bewusstsein. Sie gestalten und verändern ihr Umfeld. Das gibt Mut für eine grundlegende Änderung der Gesellschaftsordnung.

Es reicht nicht aus, gegen die konkrete Bedrohung zu kämpfen. Es müssen die politischen und sozialen Ursachen faschistischer Ideologie aufgezeigt und bekämpft werden. Dieser Kampf muss an der konkreten Verteidigung der Opfer von faschistischer Gewalt anknüpfen. Aber er muss auch eine politische und soziale Bewegung fördern, die grundlegende Menschenrechte radikal für jede/n verteidigt und letztendlich den Kapitalismus, welcher die Ursache für rassistische und faschistische Ideologien und Bewegungen darstellt, überwindet. Die Gegenwehr gegen Rassismus und Faschismus und der Kampf gegen den Kapitalismus müssen deshalb Hand in Hand gehen.

- **Gleiche politische und soziale Rechte für alle!**
- **Abschiebungen verhindern, „Fluchthilfe“ organisieren - Offene Grenzen für alle!**
- **Internationale Solidarität & Widerstand statt „Bündnis für Arbeit“!**
- **30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich erstreiken!**
- **Ein existenzsicherndes Mindesteinkommen von 1.500,- DM netto plus Warmmiete!**
- **Umverteilung von oben nach unten. Die Reichen, Konzerne und Banken sollen zahlen!**
- **Für eine starke von Staat und Kapital unabhängige antikapitalistische Linke!**

V.i.S.d.P.: RSB, 68 159 MA



**Avanti - die Monatszeitung des RSB
im September mit einem Schwerpunkt zum
Thema Antifaschismus.
Jetzt Probeabo über 3 Ausgaben bestellen:
Einfach 5,-DM an die Kontaktadresse sen-
den und Adresse nicht vergessen!**

**Kontaktadresse:
RSB BERLIN
Postfach 170 116
10203 Berlin**

**Revolutionär Sozialistischer Bund
IV.Internationale (RSB)**